

Bündnis Energiewende für Mensch und Natur
c/o Wolfgang Piroth
Thiergartenstraße 36a
55496 Argenthal



Frau Ministerpräsidentin
Malu Dreyer
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Postfach 3880
55028 Mainz

Bitte vertreten Sie Rheinland-Pfalz, nicht die Windkraftlobby

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

der Presse entnehmen wir, dass am 12. Mai 2016 ein Bund-Länder-Gespräch zur Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes ansteht. Insbesondere soll es um Ausbauziele für die Windkraft an Land gehen. Im Hinblick auf diese Gespräche möchten wir Ihnen und den Personen, die Sie ggf. vertreten, Folgendes wissen lassen:

Es entspricht dem wohlverstandenen Interesse des Landes Rheinland-Pfalz, den auf Besitzstandswahrung zielenden Bestrebungen der Windkraftindustrie nicht nachzugeben und die ökonomische = ökologische Vernunft zu stärken:

Die unabhängige Wissenschaft¹ weist seit Jahren darauf hin, dass die auf 20 Jahre gewährten Preis- und Absatzgarantien für „Ökostrom“ erhebliche ökonomische Verwerfungen, aber zunehmend auch technische Probleme und ökologische Schäden hervorrufen:

Der alles dominierende rasante Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugungskapazitäten ist maßgeblich für die Probleme der Umsetzung der Energiewende.

Die Kosten für diese klimapolitisch wirkungslose Förderung belasten die Stromverbraucher als reine Zusatzkosten.

Hier wird zu Lasten des Gemeinwohls das Motto „ je mehr und je schneller, desto besser“ verfolgt.

urteilte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage bereits 2012. Die Wirtschaftsweisen behielten Recht:

Der Zubau an Windkraft- und Solarkapazitäten verursacht die inzwischen allfällig bekannten technischen und wirtschaftlichen Verwerfungen. Kernproblem ist die Volatilität, die einen Anstieg der zufälligen Leistungsschwankungen und -spitzen bewirkt. In der Summe verhält sich die Wind- und Solar-Stromproduktion ungefähr so, als würde man die die Erzeugungsleistung von 35 Großkraftwerken im täglichen Rhythmus auswürfeln. Für Schwankungen in dieser Größenordnung ist unsere Stromversorgung

¹ Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, die Monopolkommission, die wissenschaftlichen Beiräte von Finanz- und Wirtschaftsministerium, die Expertenkommission Forschung und Innovation des Bundestages u.v.m.

nicht ausgelegt. Die von der Windkraftlobby verbreitete und im BMWi aufgegriffene Behauptung von der „Glättung der Stromerzeugung durch Ausbau in der Fläche“ ist durch Fakten und eindeutige Mathematik inzwischen widerlegt.

Als Folge der volatilen Stromerzeugung wurden im Jahr 2015 nicht weniger als 4.700 GWh Überschussstrom gegen eine Entsorgungsgebühr von 45 Mio. € im Ausland verklappt. Im letzten Jahr wurden mehr als 200 Mio. € für abgeregelten Strom bezahlt, Strom, der hätte produziert werden können (!). Die Netzbetreiber haben 1 Mrd. € aufgewendet, um das Stromnetz vor dem Blackout zu bewahren und unsere elektrischen Nachbarn bauen für 200 Mio. € (auf unsere Kosten) an den Grenzen Stromsperrern ein, um die eigenen Stromnetze zu schützen. Dieses System subventionieren wir jährlich mit 24 Mrd. € – für Strom, der dann 1,5 Mrd. € an den Strombörsen wert ist.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie:

Bitte orientieren Sie sich an den in beiliegender Stellungnahme der Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT. hergeleiteten Empfehlungen. Diese werden von den 50 im Bündnis engagierten rheinland-pfälzischen Bürgerinitiativen vollständig geteilt. Bitte machen Sie die Interessen von Rheinland-Pfalz und der hier lebenden Menschen geltend.

Das Partikularinteresse der Windkraftindustrie ist lautstark genug.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Piroth
stellv. Vorsitzender
Bündnis Energiewende für Mensch und Natur